Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 7

Artikel: Simbabwe - Land der Hoffnung
Autor: Rutishauser, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143200

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Josef Rutishauser

Simbabwe – Land der Hoffnung

18. April 1985: Simbabwe feiert seinen fünften Geburtstag. Im Sportzentrum von Harare bewirtet Robert Mugabe die kleinen Kinder, die am 18. April 1980 geboren wurden. Drei Tage Freude und Jubel. Man kann es sich ja leisten: Die Staudämme sind voll und die Felder schwer von Frucht – niemand wird dieses Jahr verhungern. Die Ahnen haben im ersten Jahr der Unabhängigkeit genügend Regen gegeben, und dieses Jahr bestätigen sie von neuem: Wir sind mit Mugabe und dem Volk zufrieden.

Rückblende – die grosse Lektion

«Keine schwarze Mehrheitsregierung zu meinen Lebzeiten», so hatte Ian Smith noch 1976 verkündet. Auch ein gefügiger Muzorewa war im Grunde noch keine Gefahr für die weisse Vorherrschaft. Und dass Muzorewa die Wahlen nach dem Londoner Abkommen gewinnen würde, stand zum vornherein fest – dafür sorgten neben der Regierung die Polizei, die Armee, die zivile Verwaltung, die Grossindustrie im In- und Ausland, Südafrika, dann die Flugblätter und Pamphlete, welche die Guerilleros als «volksfremde kommunistische Teufel» brandmarkten – kurz, das ganze System eines modernen Machtapparates.

Doch e i n e Macht hatte man unterschätzt: das Volk, das bisher für dumm, willfährig und manipulierbar gehalten wurde. Und dieses Volk entschied sich mit überwältigender, fast einstimmiger Mehrheit für die beiden Guerillaführer Mugabe und Nkomo – ein Schock, eine völlige Überraschung für die Weissen und für die westliche Welt. «Wir wurden das Opfer unserer eigenen Propaganda», erklärte Oberst Gaunt, Mitglied der Rhodesischen Front.

Dass solch massive Medien- und Meinungsmanipulationen möglich sind, ist eine der erschreckenden Erscheinungen unserer Tage. Wie wenig die Herrschenden jedoch bereit sind, von Simbabwe zu lernen, zeigen sie z.B. in Südafrika und Namibia. Dort geht die perfide Propaganda im gleichen Stile weiter, Hand in Hand mit der Vergewaltigung des Volkes.

Dem Schock der Weissen in Simbabwe folgte das grosse Staunen: Der jahrelang als «blutrünstiger Marxist» verteufelte Mugabe erwies sich als gelassen und souverän, frei von Verbitterung und Fanatismus, zugänglich und im besten Sinne menschlich. Er ist eine asketische Figur, Frühaufsteher, raucht und trinkt nicht und tut alles, um seinen Glauben an den Wert von Selbstlosigkeit und Selbstdisziplin auf seine Partei zu übertragen. Realist und Idealist zugleich, ist er dem (afrikanisch-simbabwischen) Sozialismus wie dem Christentum verpflichtet. Deshalb ist Mugabe aber noch lange nicht «eine zwiespältige Persönlichkeit, die von linkskatholischen Missionaren und von kommunistischen Ideen geprägt ist» (Die Weltwoche) – er sieht jedenfalls keinen Widerspruch zwischen Christentum und marxistischer Gesellschaftsanalyse. Ein Missionar schrieb mir: «Mugabe ist ein Geschenk Gottes für diese Nation und für die Kirche. Er betont: Wirtschaftlicher Marxismus verträgt sich sehr gut mit Gott und Christentum. Der Mann hat mein Vertrauen. Er ist grundehrlich

und uns allen ein Vorbild an Versöhnlichkeit.»

Mugabe, zusammen mit seinem Regierungsteam, ist sich und seinem Programm bis heute, 1985, treu geblieben. Er ist nicht wie einige argwöhnten, der «Wolf im Schafspelz», wohl aber der nicht Manipulierbare, der wahrhaft Radikale, der sich dem Wurzelgrund (radix), das heisst dem gesamten Volk, verpflichtet weiss. Ein Weisser (früherer Smith-Anhänger) schrieb kürzlich: «Wir haben noch nie einen so intelligenten und klugen Führer gehabt in diesem Land.»

Erstaunlicher Neubeginn

Kaum dem Grauen eines langen, allgegenwärtigen Krieges mit seinen ruinösen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Folgen entronnen, hat sich der neue Staat Simbabwe in fünf Jahren bereits einen respektablen Platz in der demokratischen Welt erobert. Eine durchaus komplexe, von zahlreichen Widersprüchen geprägte Gesellschaft ist daran, die alten verhärteten Strukturen umzugestalten und ein neues, nichtrassistisches, für alle lebenswertes Gemeinwesen aufzubauen.

Beim Abwägen von Erfolg und Misserfolg der vergangenen fünf Jahre muss man sich vor Augen halten, welches Erbe Mugabe mit dem freien Simbabwe übernahm: mehr als 400 Millionen auswärtige Schulden, eine während 15 Jahren durch Sanktionen gelähmte Wirtschaft, ein zusammengebrochenes Gesundheits- und Erziehungswesen auf dem Land, 400'000 Kinder im Primarschulalter ohne Schulerziehung, ein fast totaler Abgang der Ärzte, viele Kliniken und Spitäler geschlossen oder zerstört, 3500 Verkaufsläden niedergebrannt, der einst viele Devisen bringende Viehbestand schwer dezimiert. Dazu kamen die schlimmen Dürrejahre 1982-84 (in denen gebietsweise bis zu 60 Prozent der afrikanischen Bauern alles Vieh verloren), die Krise der unerfüllten Erwartungen und – last but not least – die massiven Destabilisierungsversuche durch Südafrika (im Verbund mit weissen Ex-Rhodesiern) und die gewalttätigen Unruhestifter aus dem Lager des Mugabe-Rivalen Joshua Nkomo.

Trotz dieser riesengrossen – wohlverstanden nicht selbst verursachten – Kriegsfolgen und destabilisierenden Machenschaften haben Regierung und Volk, teils mit internationaler Hilfe, sehr bedeutsame Leistungen erbracht.

Selbstfindung: auch eine «Revolution der Zärtlichkeit»

Ganz unkonventionell – doch sehr im Einklang mit afrikanischer Denkweise und Wertskala – möchte ich eine zutiefst menschliche, geistig-kulturelle «Leistung» in den Vordergrund stellen: die Selbstfindung des neuen Menschen von Simbabwe aus den Ruinen eines langen, bitteren Krieges. Mugabe hat in seiner Rede zur Unabhängigkeit am 18. April 1980 die ethische Grundlage des freien Simbabwe so formuliert: «Ein neuer Mensch, mit einem neuen Sinn, einem neuen Herz und einem neuen Geist. Unser neuer Sinn muss eine neue Vision haben, und unser Herz eine neue Liebe, die keinen Hass kennt. Dies ist die menschliche Substanz, die den Kern unseres politischen Wandels bilden muss.»

Es blieb nicht bei den Worten; viele, die in diesen fünf Jahren Simbabwe besuchten, zeigen sich erstaunt über die friedliche und versöhnliche Haltung der Schwarzen gegenüber den Weissen. Man denkt unwillkürlich an die «Revolution der Zärtlichkeit» in Nicaragua, einem fast gleich jungen Staat, wo ein Comandante zu seinem früheren Folterer sagt: «Ich vergebe dir – das ist meine Rache.»

Dass die offizielle Kirche dieser menschlich-solidarischen Haltung gegenüber – in Nicaragua wie teilweise auch hier in Simbabwe – misstrauisch bleibt, nur weil sie im sozialistisch-revolutionären Garten blüht, ist einfach unbegreiflich und bedenklich. Denn Christen, Sozialisten und Revolutionäre sind im Grunde ja keine Gegner, sondern

Partner, die sich gegenseitig brauchen und ergänzen. Ist es also Angst vor der Ergänzung, vor dem «sharing», vor dem Verlust der (geistlichen und gesellschaftlichen) Machtposition, was die Kirche verunsichert? – Man möge mir diese kleine Abschweifung verzeihen. Aber die Sache beschäftigt mich sehr, da ich besonders diese beiden Befreiungsbewegungen und Revolutionen herbeigesehnt und -gebetet, sie auch begleitet habe (im Fall von Simbabwe im Lande selber während 24 Jahren), und nun zusehen muss, wie ausgerechnet die Kirchenführung apathisch oder misstrauisch abseits steht, ja in Nicaragua sogar Hand bietet zur Erstickung und Abwürgung der Revolution (in Kollusion mit den USA) und in Simbabwe zu den restaurativen Machenschaften und Bedrohungen von innen und aussen schweigt.

Erziehungswesen: Schulen ohne Geld- und Rassenschranken

Die zweite Priorität in der Präsentation des jungen Simbabwe gilt – wiederum nach afrikanischer Denkweise wie nach den erbrachten Leistungen – zweifellos dem Erziehungswesen: Die Zahl der Primarschüler hat seit 1980 um 300 Prozent, die der Sekundarschüler um fast 500 Prozent zugenommen! Diese verblüffende Entwicklung war nur möglich, weil die kostenlose Grundschulpflicht auch für schwarze Kinder eingeführt und die zerstörten Schulen sofort wieder aufgebaut und neue dazu errichtet wurden, vielerorts durch Selbsthilfe von Lehrern, Schülern und Eltern. Und – o Wunder – die Rassenschranken sind gefallen, auch in der Schule. Dank dem neuen, sozialistisch orientierten Erziehungssystem!

Doch das ererbte koloniale Schulsystem lässt sich so leicht nicht überwinden; geblieben ist weithin das alte Curriculum mit seinen westlichen Lehrinhalten und Zielen. Im Exil in Moçambique hatten die Guerilleros um Robert Mugabe ein ganz anderes, revolutionäres Schulsystem entwickelt: «Weg von den importierten Wertvorstellungen – am Volk und seinen Bedürfnissen orientierte, integrale Bildung – Betonung von Kreativität, Initiative und Wertschätzung der Arbeit», hiessen die Richtlinien. Unter dem Druck von Eltern, Lehrern und Schülern, die noch ganz von kolonialen Wertvorstellungen geprägt sind, aber hat sich am herrschenden, fast rein akademischen britischen Cambridge-System, das eine totale Scheidung zwischen Schule und sozialem Umfeld darstellt, bislang wenig geändert. Immerhin, neue Lehrgänge wurden erarbeitet und sind teils schon in Gebrauch, und es gibt bemerkenswerte Versuche mit alternativen Schulen, vor allem die seit vier Jahren bestehende und «Schule machende» Gründung ZIMFEP (Zimbabwe Foundation for Education with Production).

Das «Grundrecht eines jeden Erwachsenen auf Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungskurse» blieb nicht nur auf dem Programm; ALOZ (Adult Literacy Organization of Zimbabwe) und CSSD (Commission of Social Services and Development) sind nun schon jahrelang aktiv gewesen, und zwar landesweit. Die Lerngemeinschaft der vielen Alphabetisierungsgruppen mündete unwillkürlich in eine weiterführende Arbeitsgemeinschaft für verschiedene Projekte ein: Gemeinschaftsgärten, Hühnerställe, Vielzweckzentren (die vormittags als Kindergarten, nachmittags der Erwachsenenbildung dienen). Die Dürrejahre haben den Elan etwas gedämpft, die ursprüngliche Begeisterung ist im Abflauen; ob die bereits zu Hunderten ausgebildeten, freiwilligen Animatoren sie wieder wecken können?

Gesundheitswesen: kostenlose Behandlung für untere Einkommensklassen

Auch im Gesundheitswesen tut sich vieles: die Instandstellung von Kliniken und Spitälern, eine grosse Anzahl neuer Kliniken, besonders auf dem Lande, die Ausbildung von «Barfussärzten» für die

Dörfer, die kostenlose Behandlung für die niedrigsten Einkommensklassen. Und schliesslich ermöglichte der Abbau der Rassenschranken in Schulen und Spitälern (wohl hauptsächlicher Grund für die vermehrte Abwanderung der Weissen) die Vereinheitlichung des ganzen Erziehungs- und Gesundheitswesens. Seine Solidarität mit dem Volk hat Mugabe besonders in den drei Dürre- und Hungerjahren gezeigt. Zusammen mit den Hilfswerken leistete die Regierung Gewaltiges. Sie brachte es fertig, alle Leute auf dem Land mit dem nötigen Mais zu beliefern (aus den Lagern der Rekordernte von 1981). Die Not war oft gross, doch verhungern musste kaum jemand. Um der grossen Wasserknappheit zu wehren, wurden Tausende von Brunnen gebohrt und Quellen gefasst. In all dem liegt wohl auch ein Dank Mugabes an das ländliche Volk, das den Befreiungskampf trotz unsäglicher Leiden bis zuletzt voll unterstützt und buchstäblich «getragen» hat.

Wirtschaft: Stagnation trotz Erfolgsmeldungen und sozial reguliertem Kapitalismus

Im wirtschaftlichen Bereich konnte Simbabwe, nach sehr hoffnungsvollem Start, einer Stagnation nicht entgehen. Sie zeigte sich in Minuswachstum, Beschäftigungsrückgang, Inflation von über 20 Prozent und massiver Auslandverschuldung. Schuld an dieser Misere sind die dreijährige Dürre, die weltweite Rezession und das Ausbleiben von ausländischen Investitionen. Doch bereits gibt es wieder Erfolgsmeldungen (wenigstens im landwirtschaftlichen Sektor), zum Teil dank den überdurchschnittlichen Niederschlägen in der Regenzeit 1984/85.

Die Zahl der weissen Farmer ist zwar seit 1980 von 5'500 auf 4'500 zurückgegangen; trotzdem ist eine massive Produktionssteigerung zu verzeichnen, was nicht zuletzt auch den verstärkten Anstrengungen der afrikanischen Kleinbauern zuzuschreiben ist. Die weissen Farmer können sich indessen vor dem «sozialistischen Ansturm» sicher wähnen, da 260'000 schwarze Landarbeiter und mit ihnen eine Bevölkerung von 1,5 Millionen von diesen Farmern Einkommen beziehen, aber auch, weil der weisse Gutsbesitz 70 bis 80 Prozent der Agrarprodukte und 50 Prozent der Devisen erwirtschaftet.

Die ererbte kapitalistische Wirtschaft ist immerhin reguliert, gewissermassen sozialisiert worden durch gesetzliche Mindestlöhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Preiskontrollen, Importlizenzen und eine beträchtliche Besteuerung. Die Regierung ist heute wesentlich beteiligt an vielen Unternehmungen, vom Bergbau bis zu den Banken und Medien. Die sozialistische Ausrichtung zeigt sich auch in den Hunderten von Kooperativen in vielen Landwirtschaftsbetrieben, Kleinindustrien und Wiederansiedlungsprojekten. All diese Genossenschaften, Kollektiv- und Alternativfarmen arbeiten indessen auf freiwilliger Basis.

Drei Punkte kennzeichnen gegenwärtig Mugabes Wirtschaftspolitik:

– Erstens die Verankerung einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung und (nolens volens) die Anerkennung der kapitalistischen Privatwirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in Industrie und Bergbau.

– Zweitens hat Mugabe den privaten Bauern das Versprechen der Nicht-Kollektivierung gegeben und damit die Fragwürdigkeit der Nationalisierung zugegeben.

– Drittens ist Mugabe abgerückt von seinem «Land für alle»-Postulat und der damit ursprünglich angestrebten massiven Umverteilung des Landbesitzes. Das Ansiedlungsprogramm, das eine Reduktion der 16 Millionen Hektaren weissen Farmeigentums – durch Ankauf – um 9 Millionen Hektaren vorsah und diese auf 162'000 Bauernfamilien verteilen wollte, ist praktisch zum Erliegen gekom-

men. Auch der grossangelegte Kollektivierungsversuch, der den Ansiedlungsprozess im Rahmen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften vorantreiben wollte, stagniert. Was Mugabe geschafft hat, ist die Verteilung von 2 Millionen Hektaren auf 35'000 Familien. Jetzt hat die Regierung einen Entwicklungsplan beschlossen für die Masse der schwarzen Bauern, die innerhalb der übervölkerten ehemaligen Reservate leben.

Bestandteil des Wiederaufbauprogramms sind auch die 30 von Afrikanern montierten elektrischen Lokomotiven (im Besitz der National Railways of Zimbabwe), die seit September 1983 die Montagehalle in Bulawayo verlassen haben – ein wichtiger Schritt in der Verselbständigung und Modernisierung des Transportwesens. Cecil Rhodes brachte die Eisenbahn von England nach Afrika, um die Schätze Afrikas nach Europa zu bringen – nun hat auch für Simbabwes Eisenbahngeschichte die Stunde der «Befreiung» geschlagen.

Trotz der vielen Erfolgsmeldungen ist die Wirtschaftslage nicht rosig, vor allem nicht für das einfache Volk. Das Leben wird fast täglich teurer, die Löhne stagnieren, und das Heer der Arbeitslosen wächst. Der Simbabwe-Dollar ist sehr schwach. Ein zu grosser Teil des Staatseinkommens fliesst (notgedrungen) in die Verteidigung des Landes. Zusammen mit den grossen Ausgaben für Erziehung und Gesundheit lässt dies wenig, zu wenig übrig für die so notwendige Entwicklung der ländlichen Gebiete, wo fast 80 Prozent der Bevölkerung leben. Landflucht und Überbevölkerung in den Städten mit Elendsvierteln werden wahrscheinlich die Folge sein.

Politik: «Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus»

Die politische Szene in Simbabwe ist nicht, wie man etwa in Kreisen der Südafrika-Lobby hören kann, «chaotisch», sondern klar und durchschaubar – so wie Mugabe selbst es ist. Nach aussen gilt die Blockfreiheit. Moskau hat in Simbabwe nach wie vor nichts zu suchen – solange Mugabe das Sagen hat. Seine Hilfe im Befreiungskampf erhielt er einzig von China (das auf Nichteinmischung bedacht ist) und von einigen Staaten des Ostblocks, auch von Skandinavien. Moskau und der Westen haben hingegen kräftig Nkomo unterstützt – und damit aufs falsche Pferd gesetzt. Dem US-Imperialismus ist Mugabe sowieso abhold, um so mehr, als die Destabilisierungspolitik Südafrikas von Amerika gebilligt wird. Immerhin: US-Wirtschaftshilfe und Handelsbeziehungen mit dem Westen sind seit der Spender-Konferenz «Zimcord» im Jahre 1981 angelaufen; Sozialismus mit kapitalistischen Konzessionen scheint vielen akzeptabel zu sein.

Auch nach den eindeutigen Beschlüssen des Zweiten Zanu-Parteikongresses im August 1984? Diese geben Ministerpräsident Robert Mugabe ein überzeugendes Mandat für einen sozialistischen Einparteienstaat nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus – unter vorläufiger Respektierung der Ende 1979 in London ausgehandelten Verfassung, die bis 1990 das Mehrparteiensystem vorsieht. Die Wirtschaft soll schrittweise so umgestaltet werden (durch vermehrte Kontrolle und Inbesitznahme der Ressourcen und Produktionsmittel, Ausbau der Industrie, erhöhte Produktivität des landwirtschaftlichen Sektors und Ausbildung von einheimischen Fachkräften), dass «der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus» gesichert wird.

Aber auch die eigenen Reihen werden auf eine sozialistische Ethik verpflichtet. «Der Sozialismus beginnt bei der Partei und ihren Führern, Zanu wird keine Führer tolerieren, die tagsüber den Sozialismus predigen und sich nachts als Kapitalisten betätigen», sagte Mugabe zu den 6000 Parteitagsdelegierten. Dem entspricht der Verhaltenskodex für Zanu-Führer: Sie dürfen in Zukunft nur noch ein Haus und nicht mehr als 20 Hektaren

Land besitzen. Geschäftsbeteiligungen sind ihnen untersagt. Ihr Einkommen soll allein aus ihrem Lohn bestehen. Auch Trunkenheit und Korruption – verbreitete Übel – werden nicht mehr geduldet.

Die Unterstützung im Volk für diese Beschlüsse scheint gross zu sein, wie dem Magazin «Moto» und der simbabwischen Tagespresse zu entnehmen ist. Das Volk will ein sozialistisches Simbabwe, es glaubt an dieses Ziel und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. Diese aktive Teilnahme am öffentlichen Leben und an der Politik des Landes ist nach fast 100 Jahren erzwungener Stummheit und Passivität etwas völlig Neues – eine kostbare Frucht der Freiheit.

Die Unruhen in Matabeleland – geschürt durch Südafrika

Anlass zu den Stimmen über «chaotische Zustände in Simbabwe» sind wohl die Unruhen im westlichen Matabeleland. Der Konflikt stammt zum Teil – wie so oft in Afrika – aus der kolonialen Küche: Der Druck der weissen Siedler aus Südafrika zwang die Matabele im letzten Jahrhundert, nach Norden auszuweichen, wo sie mit den Mashona in Fehde gerieten – und «dank» der weiss-rhodesischen Grenzziehung finden sich nun diese ethnisch und sprachlich verschiedenen Völker im gleichen Staat. Die grosse Mehrheit (vier Fünftel) der schwarzen Bevölkerung (neben immer noch über 100'000 Weissen und etwa 50'000 Asiaten und Mischlingen) gehört zu den Shona-Stämmen, politisch geeint in der Mehrheitspartei Zanu unter Führung von Robert Mugabe, der Rest zu den Ndebele-Stämmen und der Minderheitspartei Zapu.

Im Befreiungskampf hatte Mugabes Zanu (trotz eines temporären Bündnisses mit der Zapu in der Patriotischen Front) bei weitem die Hauptlast des Krieges zu tragen, während Nkomo seine Zapu-Streitkräfte zurückhielt und schonte (für einen End-Coup zur Regierungsübernahme?) – dennoch liess Mugabe die Vergangenheit ruhen und beteiligte Nkomo und Zapu grosszügig an der neuen Regierung.

Die Entdeckung grosser Waffenlager auf Zapu-Farmen – neben anderen verdächtigen Umtrieben Nkomos – führte dann aber zur Konfiszierung des Parteibesitzes, zur Entlassung Nkomos aus dem Kabinett und damit zu den anhaltenden Unruhen in Matabeleland, der Hochburg Nkomos. Die Unruhestifter, «Dissidenten» genannt, sind bewaffnete Banden unterschiedlicher Zusammensetzung: Kriminelle, nicht-integrierte oder desertierte ehemalige Guerillas von Nkomos Streitkräften, aber auch Söldner in ausländischem Dienst, insbesondere unterstützt durch Südafrika – die koloniale Küche kocht weiter. Sie terrorisieren den westlichen Landesteil durch Raub und Mord, Touristenentführungen und weitere subversive Aktionen oder Überfälle.

Südafrikanische Machenschaften zur Schürung dieser Unruhen und überhaupt zur Entstabilisierung Simbabwes sind mehrfach erwiesen: In Südafrika werden Söldner für Sabotageakte rekrutiert und ausgebildet, wie gefangengenommene Dissidenten vor Gericht und Presse bezeugten. Vier Ausbildungslager befinden sich in Grenznähe. Drei südafrikanische Soldaten wurden auf dem Territorium Simbabwes erschossen. Das macht die Anschuldigungen der Regierung Mugabe noch glaubwürdiger, wonach in Südafrika 5000 Söldner (vor allem dissidente Guerillas und ehemalige «Hilfstruppen» Bischof Muzorewas) für Aktionen gegen Simbabwe bereitstünden. Dass aber auch weisse Kreise in Simbabwe mit Südafrika kollaborieren, ist mehr als wahrscheinlich.

Die wachsende Bedrohung an mehreren «Fronten» war eine Herausforderung für Mugabe. Er, der Versöhnliche, Friedfertige, war nun zu einer schärferen Gangart gezwungen. Über den Einsatz und das Vorgehen von Polizei und Ar-

mee-Einheiten im westlichen Unruheherd hat die westliche Presse ebenso lautstark wie einseitig berichtet, wie sie seinerzeit geschwiegen hat zu den viel schlimmeren Exzessen der rhodesischen Sicherheitskräfte. Auf Übertreibungen und Falschmeldungen wird verschiedentlich hingewiesen – so von A. Maveneka, Direktor der Kommission Justitia et Pax in Harare, die im April 1984 einen eingehenden Bericht über die Ausschreitungen der Sicherheitskräfte erstellte. Das immerhin grausame Vorgehen von Armee-Einheiten ist wohl nur als Überreaktion auf die vorausgegangenen Greueltaten der Dissidentenbanden an Zanu-Beamten und Zivilpersonen zu erklären – nicht zu entschuldigen. (Fakten finden sich in: «Zimbabwe Project», März 1983; «Afrika Confidential» und «Facts and Reports», beide vom April 1984; «The Guardian», 20. Mai 1984.)

Mugabe hatte schon Anfang 1983 Einheiten der Fünften Brigade (die für die Brutalitäten in Matabeleland verantwortlich gemacht werden) ausdrücklich vor Übergriffen gegen die Bevölkerung gewarnt und die Truppen anscheinend besser diszipliniert. So meinten jedenfalls Gewährsleute in Harare. Nicht so die Bischöfe – und damit ist das Verhältnis von Kirche und Staat angesprochen.

Kirche zwischen Sicherheitsdenken und Bereitschaft zum Wagnis

In einer pastoralen Botschaft «Reconciliation is still possible» von Ende März 1983 erhoben die sieben katholischen Bischöfe von Simbabwe (unter der Federführung von Bischof Karlen von Bulawayo, einem Schweizer) scharfe und öffentliche Vorwürfe, mit denen sie die Regierungstruppen beschuldigten, «Hunderte von unschuldigen Menschen umgebracht» zu haben und die Matabele vernichten zu wollen.

Die Reaktion der Regierung war schnell und sehr kritisch. Der Informationsminister rügte die Inkompetenz, Ungenauigkeit und Einseitigkeit der bischöflichen Botschaft – im Gegensatz zum eher sachlichen Bericht von Justitia et Pax, der eine Untersuchung verdiene – und schloss mit den wenig schmeichelhaften Worten: «Wir haben immer für die Menschenrechte und für die Freiheit des Volkes gekämpft. Das gleiche kann nicht gesagt werden für die Kirche im allgemeinen oder auch für gewisse Unterzeichner dieser pastoralen Botschaft während dem Alpdruck der Kolonialherrschaft. Wie man weiss, haben einige prominente Kirchenmänner schamlos mit den Kolonialisten kollaboriert und so indirekt mitgeholfen, den Todeskampf zu verlängern, den unser Volk durchzustehen hatte bis zum Ende unseres Freiheitskampfes.»

In einer Rede vor den Leitern der verschiedenen Kirchen doppelte Premierminister Robert Mugabe nach und beschuldigte seinerseits die Kirche, geschwiegen zu haben, als dissidente Nkomo-Anhänger in Matabeleland ihrerseits «Hunderte von unschuldigen Menschen verstümmelt und umgebracht» hätten. Unverblümt nannte er seine Kritiker: «Reaktionäre ausländische Journalisten, zweifelhafte private Organisationen und scheinheilige Prälaten» (anwesend war auch der Methodistenbischof Muzorewa, der dem Smith-Regime als Premierminister gedient hatte) sowie die «sieben katholischen Bischöfe, die sich herausnehmen, meiner Regierung eine Moralpredigt zu halten». Er schloss jedoch mit einer versöhnlichen Note und appellierte an die Kirchenführer, die Realitäten des neuen Simbabwe zu bejahen und den Interessen des Volkes zu dienen.

Mugabe hätte meines Erachtens noch einen weiteren Grund zur Bitterkeit gehabt: Bischof Karlen hatte sich in einem Schreiben an Kardinal König in Wien gewandt und ihn dringend um Interventionen und Solidaritätsbekundungen gebeten, insbesondere seitens der europäischen Bischofskonferenzen und Justitia-et-Pax-Kommissionen. – Frage: Wo waren diese alarmierenden Stimmen (aus

Bulawayo), als Weiss-Rhodesien in den 70er Jahren es noch viel schlimmer trieb und seine Sicherheitskräfte die Menschenrechte weit brutaler verletzten als heute die simbabwische Armee? – Aber damals ging's eben um ein weisses Regime. . .

Ich habe schon zu Beginn auf das kirchliche Misstrauen gegenüber sozialistisch-revolutionären Bewegungen hingewiesen. Genau dieses Misstrauen zeigte sich bereits im ersten bischöflichen Hirtenbrief zur Unabhängigkeit vor fünf Jahren: Statt Feier und Jubel über die so teuer erkämpfte Freiheit, statt Bereitschaftsversprechen zur Mitarbeit am Wagnis dieses jungen Staates nur gedämpfte Freude, zurückhaltende Sprache, unverhohlene Bedenken, Fragen (Zweifel) zur künftigen Stellung der *Kirche.*

Einmal mehr dominierte das alte Sicherheitsdenken, das nur um das kirchliche Eigeninteresse kreist. Es beherrschte schon die «Politik der Kompromisse» mit dem Smith-Regime, und es prägte die – noch so scharfen und mutigen – bischöflichen Stellungnahmen zur fortschreitenden politischen Vergewaltigung, bis dann endlich gegen Ende der 70er Jahre die längst fällige Akzentverschiebung eintrat: von «Kirche für die Freiheit» = «Freiheit für die Kirche» mehr und mehr zu «Freiheit für das Volk».

Nun ist das Volk frei – mehr noch: Die siegreiche Regierungspartei Zanu hat ihm nach 100 Jahren Knechtschaft erstmals wieder Hoffnung, Selbstbewusstsein, eigene Werte und Symbole gegeben und tritt mit ihren Helden und «Märtyrern» selber fast wie eine Kirche auf – also nochmals eine «Akzentverschiebung», eine neue Situation für die Kirche, eine Herausforderung! Ist die Kirche in Gefahr, überholt, irrelevant zu werden?

Sie muss es nicht. Staatspräsident Canaan Banana, ein Methodistenpfarrer, warnte während einer Kirchenversammlung im Mai 1984 die Kirche davor, «zunehmend belanglos zu werden im freien Afrika – der Dinosaurier versäumte es, sich anzupassen, und starb aus». Und er hatte auch konkrete Vorschläge für die kirchliche Anpassung: «Christen müssen den Gott der Armen entdecken und sich vom Gott des Kapitalismus abwenden – in einer wirklich sozialistischen und christlichen Gesellschaft gibt es weder reich noch arm. . . Ich plädiere für einen aktiven Dialog zwischen Kirchen, Regierungsmitgliedern und Funktionären, um so die Rolle der Kirche in einem sozialistischen Staat zu finden.»

Diese Rollenfindung der Kirche war übrigens auch der Kernpunkt der Rede von Premierminister Robert Mugabe an der Eröffnungsfeier der Tagung aller Bischöfe des südlichen Afrika (August 1984) in Chishawasha (bei Harare): «Ihre Verkündigung wird mehr Wirkung haben, wenn Sie sie auf die vorherrschende Situation anwenden. Es ist wichtig, dass Sie Ihre prophetische Botschaft über soziale Gerechtigkeit in die kulturelle, soziale und politische Hülle kleiden, die aus dem Rohstoff der gegebenen humanitären Prinzipien gewoben ist. . . Waren wir gestern noch Partner in der Befreiung unseres Volkes von Unterdrückung, so können wir heute Partner sein in der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden für alle. Waren unsere gestrigen Feinde die Ungerechtigkeit und die Ausbeutung, so sind es heute die Armut, Unwissenheit und Krankheit.»

Eine offene Kirche könnte für Mugabe, der selber Christ (Katholik) ist, und für seinen pragmatischen Sozialismus von grösster Bedeutung sein. Schon darum wird es in absehbarer Zukunft kaum einen eigentlichen Machtkampf geben. Mugabe war gewiss aufrichtig, als er in der eben zitierten Rede sagte: «Lasst uns einander kritisieren, fair und als Glieder einer Familie, denn es darf keine antagonistischen Widersprüche geben zwischen Staat und Kirche.»

Als partnerschaftliche Hilfe von seiten der Kirche war wohl auch der Aufruf gedacht, den die Bischofskonferenz Anfang Februar 1985 im Hinblick auf die Juni-Wahlen herausgegeben hat. Es ist ein Appell für freie und faire Wahlen, ein Beitrag zur Beruhigung und Versöhnung der erhitzten Gemüter, zur Überwindung von Hass und Machthunger, und eine Bitte an die Regierung, ihr ursprünglich grosszügiges Versöhnungsangebot auch jetzt nicht zurückzuziehen.

Argumente für den Einparteienstaat

Inzwischen tobt der Wahlkampf. Es gibt Tote und Verletzte. Und das, obwohl als Ausgang dieser zweiten Wahlen feststeht, dass die Zanu ihre absolute Mehrheit behalten wird. Aber angesichts von Mugabes erklärter Absicht, ein Einparteiensystem zu errichten, kämpfen die Minderheitsparteien Zapu (Nkomo) und UANC (Muzorewa) um ihr Überleben.

Der Einparteienstaat ist schon seit Jahren das Ziel Mugabes, aber nicht ohne den klaren Willen des Volkes. Auch der Parteitag der Zanu vom August 1984 hat sich, wie bereits erwähnt, für das Einparteiensystem ausgesprochen: mit der Zanu als der dem «wissenschaftlichen Sozialismus» verpflichteten «Avantgarde». Doch die geltende Verfassung steht seiner Einführung vor 1990 noch im Wege. Es sei denn, bei den kommenden Wahlen würden Muzorewas Partei ihre drei und Nkomos Zapu die meisten ihrer 20 Parlamentssitze verlieren und auch die restlichen sieben Sitze von Smiths Conservative Alliance würden noch zu den 13 bereits unabhängigen Sitzen (pro Zanu) «desertieren». Dann könnte Mugabe eine «Regierung der nationalen Einheit», also einen De-facto-Einparteienstaat, schon vor 1990 bilden.

Mugabe geht es vor allem um nationale Einheit. Eine Konzentration der Kräfte ist in der Situation, in der sich Simbabwe befindet, das wichtigste und dringendste Anliegen. Sie ist das Hauptargument für den Einparteienstaat. Und ein stichhaltiges dazu. Denn ein Mehrparteienstaat kann unter den gegebenen Umständen die Einheit nur gefährden.

Da ist ein Volk, durch Generationen hindurch unterdrückt und politisch stumm gehalten, kaum dem Grauen eines langen und schrecklichen Krieges entronnen, und nun vor Riesenprobleme gestellt, bei denen es um Sein oder Nichtsein geht. Kann es sich den unnötigen, fremden und gefährlichen Luxus eines Mehrparteiensystems leisten? Dies wäre – und ist es in den vergangenen fünf Jahren schon gewesen – eine unausweichliche Zersplitterung der Kräfte; zumal da in Simbabwe aufgrund der historischen Entwicklung alle Parteien (einschliesslich der weissen!) ausser der Zanu auf einer «tribalistischen» Grundlage beruhen. Nur Mugabes Zanu war von Anfang an eine für alle offene Partei. Trotzdem findet auch sie ihren Rückhalt fast ausschliesslich unter dem Mehrheitsvolk der Mashona. Nkomos Zapu dagegen repräsentiert genau das Minderheitsvolk der Matabele. Da sich also Partei- und Stammesgrenzen heute nahezu dekkungsgleich verhalten, sind die Vorteile eines Einparteiensystems offensichtlich: Der Stammeskonflikt zwischen Mashona und Matabele könnte überwunden werden, während das Mehrparteiensystem diesen Gegensatz vertieft und verewigt – unter Mitwirkung ausländischer Mächte.

Dabei ist Demokratie nicht ausgeschlossen – im afrikanisch-traditionellen Sinn sogar gegeben: Wenn in einer politischen Dorfversammlung jeder spricht, jeder zuhört, die Probleme zu Ende besprochen werden, und wenn es noch sooo lange geht – dann ist das Demokratie. Und so sieht und erhofft es sich Mugabe auch auf staatlicher Ebene: Innerhalb einer breiten Einheitspartei können bei Wahlen mehrere Kandidaten zur Auswahl stehen, verschiedene Strömungen vertreten werden, aber man fühlt sich frei u n d vereint.

Gleicher Ansicht ist auch der frühere (weisse) Premierminister von Rhodesien

(1953–1958) Garfield Todd: «Ein Einparteienstaat könnte sehr wohl die beste Regierungsform sein, denn sie würde die Masse unserer Leute zusammenbringen, die ähnliche politische Aspirationen haben, die aber sonst entzweit werden könnten wegen Stammes- und Persönlichkeitsloyalitäten.»

Mugabe hat aber noch andere Gründe, das Projekt eines Einparteienstaates zu verfolgen. Seine Partei (mit über einer Million Mitgliedern, bei unter acht Millionen Einwohnern, wovon mehr als die Hälfte unter 16 Jahren) sieht sich in erster Linie als Instrument zur Mobilisierung der Bevölkerung, als Motor der Entwicklung, als Vermittlerin eines neuen, sozialistischen Staatsbewusstseins. Und ein «neues Simbabwe» mit einem neuen Staatsbewusstsein kann eben nicht aufgebaut werden, wenn diese Vorstellungen und Ideale nur im Shona-Landesteil Verbreitung finden.

Natürlich gibt es auch gewichtige Argumente gegen das Einparteiensystem, auch aus afrikanischer Sicht, und sie werden nachdrücklich geäussert, besonders in «Moto» und in den Zeitungen. Diese Stimmen dürften noch zahlreicher werden, wenn Mugabe sein Ziel eines überwältigenden Wahlsieges über Nkomo verfehlen sollte; denn dann müsste er seine Einheitspartei mit Zwang durchsetzen, und das würde neuen Widerstand in Matabeleland herausfordern. Hoffen wir, dass dieser Zwang nicht nötig wird.

Den Herausforderungen gewachsen

Ob Einparteien- oder Mehrparteienstaat, Simbabwe steht trotz erstaunlicher Leistungen vor riesigen Aufgaben und Problemen. Die immer noch schreiende Ungleichheit der Besitz- und Einkommensverteilung zwischen Weissen und Schwarzen ruft nach einer Umverteilung der Güter; der Landhunger der Schwarzen muss gestillt werden, aber ohne Gefährdung der Produktivität und wirtschaftlichen Stabilität des Landes. 70 Prozent der einheimischen Wirtschaft gehören ausländischem, vorwiegend südafrikanischem Kapital, während zwei Drittel der simbabwischen Ein- und Ausfuhren über die Schienen und Häfen der Burenrepublik laufen. Und das bedeutet Abhängigkeit vom feindlichen Nachbarn! Brutales Dilemma für Mugabe: Er, der nicht Manipulierbare, der Radikale, muss sich mit Kapitalisten und Rassisten arrangieren – muss, wenn er nicht den wirtschaftlichen Zusammenbruch riskieren will.

Wen wundert's, dass ihm die radikalen Elemente der regierenden Zanu-Partei vorwerfen, die Revolution verraten zu haben. Welches ist die grössere Gefahr für ihn, das Zuviel (für die einen) oder das Zuwenig (für die anderen) an Sozialismus? – Dann das Problem der vermehrten Schulbildung, die das Heer der jugendlichen Arbeitslosen noch vergrössert, da nur etwas über 10 Prozent der Schulabgänger Arbeit finden, während die andern, weil nun auch besser gebildet, kaum mehr den Weg zurück in die traditionelle Landwirtschaft gehen. Stirbt die Revolution in der Schule?

Das sind gewaltige Herausforderungen für Regierung und Volk – neben dem Stammesproblem und der Bedrohung von zwei Seiten, den Dissidenten und Südafrika. Doch wenn nicht alles trügt, wird Mugabe mit seinem fähigen Team und mit dem liebenswerten und tapferen Volk von Simbabwe auch diesen Hürden gewachsen sein. Das ist auch die Hoffnung von Garfield Todd: «Mein Glaube an Simbabwe stützt sich auf einen grossen Mann, Robert Gabriel Mugabe, und auf meine Überzeugung, dass es dem Volk von Simbabwe nie an der Führung durch dynamische und hingebungsvolle Männer und Frauen fehlen wird.»

■